



11.03.2026

Resolution der Integrationsbeauftragten der Länder: Zugang zu Integrationskursen für alle Zugewanderten sichern

Die Integrationsbeauftragten und weitere Amtsträger*innen der Länder appellieren an Bundesinnenminister **Alexander Dobrindt**, die bestehenden **Strukturen der Sprachförderung** zu sichern und kurzfristig folgende Maßnahmen umzusetzen:

- **Zugang zur freiwilligen Teilnahme an Integrationskursen sichern.**
- **Wiederholungsmodule der Integrationskurse wieder einführen.**
- **Das volle Spektrum der Berufssprachkurse wieder bereitstellen.**
- **Das bewährte, international anerkannte System der Sprachförderung sowie nachhaltige Integrationsstrukturen erhalten.**

Menschen, die nach Deutschland kommen und unsere Sprache lernen, arbeiten und sich integrieren wollen, den Zugang zu den Integrationskursen zu verweigern, ist **integrations- und migrationspolitisch kurzsichtig** und steht nicht im Einklang mit **arbeitsmarktpolitischem Bedarf und den Prioritäten der Länder. Integration von Anfang an ist ohne Sprache unmöglich.**

Sprachförderung ist zentral für gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Integration und Fachkräftesicherung. Sprache wirkt Ausgrenzung entgegen und ist entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Aussetzung der Zulassung zu Integrationskursen wird laut BAMF 2026 rund **130.000 Personen** treffen – etwa **40 Prozent aller Teilnehmenden**. Betroffen sind Asylbewerber*innen, Geduldete und Schutzsuchende aus der Ukraine sowie EU-Bürger*innen, darunter viele junge Menschen und besonders vulnerable Gruppen.

Für diese Menschen ist die Entscheidung fatal. Das Erlernen der deutschen Sprache wird ihnen extrem erschwert. **Motivationsverlust, soziale Isolation und unterbrochene Integrationsverläufe** sind die Folge. Daher muss die 2023 mit dem **Chancenaufenthaltsgesetz** in Kraft getretene Zielgruppenerweiterung im Gesamtprogramm Sprache erhalten bleiben.

Kurzfristig mag die Entscheidung den Bundeshaushalt entlasten. Mittel- und langfristig entstehen jedoch **höhere Kosten für Bund, Länder und Kommunen**, etwa durch verzögerte **Arbeitsmarktintegration, Fachkräftemangel** sowie längere Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen und belastende Verwaltungsakte. Zugleich gefährdet sie gewachsene Strukturen bei Kursträgern und Lehrkräften. Träger geraten unter **wirtschaftlichen Druck, Planungs- und Finanzierungssicherheit geht verloren**, Wartezeiten steigen, besonders im ländlichen Raum drohen Kursausfälle und Personalabbau.

Wir fordern einen zeitnahen Austausch mit den Verantwortlichen im Bundesinnenministerium.

Katarina Niewiedzial

Beauftragte des Berliner Senats für Partizipation, Integration und Migration

Prof. Dr. Birgit Locher-Finke

Abteilungsleiterin für Integration und Europa des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration
Baden-Württemberg

Diana Gonzalez Olivo

Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg

Nadezhda Milanova

Migrations- und Integrationsbeauftragte des Landes Bremen

Steffen Ries

Amtsleiter für Integration der Behörde für Gesundheit, Soziales und Integration in Hamburg

Dr. Hans-Achim Michna

Landesintegrationsbeauftragter des Hessischen Ministeriums, Hessisches Ministerium für Arbeit,
Integration, Jugend und Soziales

Jana Michael

Integrationsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern

Deniz Kurku

Niedersächsischer Landesbeauftragter für Migration und Teilhabe

Aslı Sevindim

Leiterin der Abteilung für Integration im Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht
und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Miguel Vicente

Beauftragter der Landesregierung Rheinland-Pfalz für Migration und Integration

Dr. Magnus Jung

Integrationsbeauftragter und Minister der saarländischen Landesregierung

Susi Möbbeck

Integrationsbeauftragte der Landesregierung Sachsen-Anhalt

Doris Kratz-Hinrichsen

Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen in Schleswig-Holstein

Dorothea Storch

Beauftragte des Freistaates Thüringen für Integration, Migration und Flüchtlinge (BIMF)